

Jeder Einsichtige weiß, daß das Konzil die Frage der Einigung der Christenheit nicht zum Gegenstande haben kann; auch wenn das Konzil an dem leidenschaftlich aufgebrochenen Verlangen nach Einheit nicht gänzlich wird vorübergehen können, kann es doch schwerlich eine unmittelbare Wirkung für das Verhältnis der Konfessionen haben. Aber auch diese nüchtern zu sehende Lage mindert nicht die Notwendigkeit der Stellungnahme.

Es erscheint uns untragbar, daß das Verhältnis zur römischen Kirche, wie sie heute ist, im Zwielficht der Unklarheit steht. Die evangelische Kirche hat im Kampf um ihr Bekenntnis den Grundsatz anerkannt, daß sie bekennende Kirche nur ist, wenn sie den Willen hat und imstande ist, ihr Bekenntnis verbindlich auszulegen.

Das Vatikanische Konzil fordert daher Selbstbesinnung und Bekenntnis auch der evangelischen Christenheit. Die evangelischen Kirchen müssen in einer für die ganze Christenheit verständlichen und überzeugenden Form sagen können,

was uns eint,

was uns dennoch zur Aufrechterhaltung der Kirchentrennung zwingt
und was beiderseits geschehen kann, um die Voraussetzungen für eine künftige Einigung zu fördern.

Dabei wäre Überlebtes, Vergangenes und Mißverständliches auszuschneiden. Das alles sollte im Geiste einer Liebe geschehen, die Prestigedenken, Angst und grundsätzliches Mißtrauen überwindet und bereit zur Buße macht.

Die evangelischen Kirchen sollten diese Aufgabe so in Angriff nehmen, daß diese Entscheidung jeweils für ihre im Bekenntnis übereinstimmenden Kirchengemeinschaften Geltung beanspruchen kann. Die geschichtliche Stunde verlangt, daß die evangelischen Kirchen in dieser ökumenischen Verantwortung handeln.

Rat und Kapitel der Evangelischen Michaelsbruderschaft
für die Richtigkeit:

Dr. Dombois

Die cubanische Revolution

Am 26. Juli verkündete Fidel Castro aus Anlaß des 8. Jahrestags der cubanischen Revolution den Zusammenschluß aller Organisationen seiner „Bewegung des 26. Juli“ zu einer Vereinigten Partei der Sozialistischen Revolution. Das bedeutet nicht weniger als die völlige Auslieferung Cubas an den Kommunismus. Ist doch einer der führenden Männer der neuen Partei der ehemalige geschäftsführende Sekretär der kommunistischen Partei Cubas, Anibal Escalante. Damit ist eine Entwicklung zum Abschluß gekommen, die niemand voraussehen konnte, die aber auch zeigt, wie geschickt die Kommunisten jede sich ihnen bietende Chance ausnutzen.

Fidel Castro hatte bereits am 26. Juli 1953 einen Putsch gegen den damaligen Präsidenten Cubas, Fulgencio Batista, unternommen, war aber gescheitert und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Damals hatte der Erzbischof von Santiago de Cuba Fürsprache für ihn eingelegt und ihn vor dem sicheren Tod bewahrt. Einige Monate später wurde Fidel Castro amnestiert, er ging nach Mexiko und kehrte mit seinen Anhängern 1956 zurück. Es folgte ein nahezu drei Jahre dauernder Partisanenkrieg, in dessen Verlauf es Castro gelang, immer mehr Anhänger zu gewinnen. Am 1. Januar 1959 floh Fulgencio Batista mit dem Flugzeug und Castro war Herr auf Cuba. Castro hatte damals die Sympathien vieler auf seiner Seite, da das Regime Batista eine reine Willkürherrschaft war und das Land in unermeßliches Elend gestürzt hatte, das um so schlimmer war, als Cuba mit seinem fast ausschließlichen Zuckerbau gänzlich von den USA abhängig geworden war, die 90% des Zuckers kauften.

Das Programm, das Castro verkündete, war keineswegs kommunistisch: Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Freiheiten, vor allem der Pressefreiheit, Wiedereröffnung der Universitäten, keinerlei Einziehung oder Verstaatlichung ausländischen Eigentums, Aufstellung von Plänen für die Gesundheit, die Erziehung und die Elektrifizierung in den ländlichen Gegenden der Insel; Bau von billigen Wohnungen; Einsetzung einer Kommission zum Entscheid über das Schicksal der Anhänger des gestürzten Batista, Reform der Spielhäuser in Havanna, Einsetzung einer Kommission zur Regelung der Frage der vom Batista-Regime konfiszierten Grundstücke, Förderung der Industrialisierung und der sozialen Sicherheit. Einer der Hauptpunkte war die Hilfe für die kleinen Landwirte, die durch eine Agrarreform geschehen sollte.

Castro selbst hatte auf zwei Jesuitenkollegien studiert, ohne allerdings als besonders eifrig aufzufallen. In einem Interview, das er bald nach der Machtergreifung einem seiner alten Lehrer gab, erklärte er: „Auf Cuba wird eine neue Zeit beginnen, die christlich sein wird.“ Für seine Sozialreform berief er sich ausdrücklich auf die Lehre Leos XIII. Man hatte keinen Grund an der Aufrichtigkeit seiner Worte zu zweifeln, zumal viele seiner Anhänger überzeugte Katholiken waren. Die Kommunisten hatten damals sicher nur wenig Einfluß auf Castro, und es war wohl richtig, wenn er in seinem ersten Interview sagte: „Den Kommunisten verdanke ich nichts.“ Im Gegenteil, es bestand eine geheime Rivalität zwischen den Kommunisten und den Anhängern Castros, die nicht vergessen hatten, daß die Kommunisten vor dem 2. Weltkrieg eng mit Batista zusammengearbeitet hatten. Dieser hatte ihnen den stärksten Sender in Havanna zur Verfügung gestellt, von wo aus sie ganz Lateinamerika erreichen konnten. Erst 1954 waren sie verboten worden. Seither betrachtete sie Castro als eine unter vielen Oppositionsbewegungen gegen Batista, von denen er aber wegen ihrer früheren Zusammenarbeit mit diesem nicht viel hielt.

Das erste Unbehagen befiel die Welt, als sie von den Hinrichtungen hörte, die im Anschluß an die Machtergreifung Castros vollzogen wurden (vgl. diese Zschr. 164 [1959] 61). Zweifellos hatte das Regime Batista viele Verbrechen begangen, die eine gerechte Sühne verlangten. Aber die Welt begann sich doch zu beunruhigen über das, was in Cuba geschah, und die cubanischen Bischöfe mahnten zur Milde. Gerechtigkeit gelte es zu üben, nicht Vergeltung.

Eine erste Schwierigkeit entstand, als noch im Januar die Diplome der katholischen Universität von Havanna, die diese seit 1956 ausgestellt hatte, für ungültig erklärt wurden. Als Begründung wurde angegeben, die Studenten der katholischen Universität sollten gegenüber der staatlichen Universität von Havanna im Vorteil sein, die von Batista geschlossen worden war, weil sich ihre Studenten auf die Seite Castros gestellt hatten. Als die Bischöfe, vertrauend auf Castros Wort, er sehe keinen Grund, an den staatlichen Schulen den Religionsunterricht nicht einzuführen, dies in einem Hirtenbrief forderten, erklärte der neue Unterrichtsminister Hart, eine solche Einführung verstoße gegen die Verfassung und weder Staat noch Eltern dürften den Kindern eine bestimmte Religion aufzwingen. Diese müßten mit 17 Jahren selbst wählen können, welche Religion sie bekennen wollten.

So ist es verständlich, daß die Katholiken allmählich bedenklich wurden und ihre Einstellung zu Castro einer Überprüfung unterzogen. Es wurde immer deutlicher eine Linksrichtung des Systems sichtbar. Freilich scheint die Regierung Castros um diese Zeit noch fest gewillt gewesen zu sein, mit den Sowjets keine Beziehung anzuknüpfen. Castro erklärte, die Kommunisten würden auf keinen Fall an der Regierung teilnehmen, da sie sich zu Grundsätzen bekennen, die mit den demokratischen Prinzipien der Revolution nicht vereinbar seien.

Eine der wichtigsten Aufgaben für die neue Regierung war die Agrarreform, die am 17. Mai beschlossen wurde. Durch sie sollte die Monokultur des Zuckers, die

das Land fast gänzlich von den USA abhängig machte, gebrochen und das Land wirtschaftlich stärker werden. Vor allem durfte keine Zuckerplantage einer Aktiengesellschaft gehören, deren Kapital nicht vollständig in den Händen von Cubanern war. Am empfindlichsten wurde von dieser Bestimmung die amerikanische Gesellschaft United Fruit getroffen. Überdies wurden die großen landwirtschaftlichen Besitzungen, mit Ausnahme der Zuckerrohrplantagen, der Reisfelder und Weiden, die im Besitz von Cubanern waren, aufgeteilt. Kein Besitz durfte größer sein als 50 ha. Als Entschädigung für die Enteignung verteilte die Regierung Schuldscheine zu 4,5% Zins, zahlbar in 20 oder 30 Jahren. Ungefähr 4000 Großgrundbesitzer wurden von dieser Enteignung betroffen, und 200000 Familien konnten dadurch Land von etwa 30 ha Größe erhalten. Der Weihbischof von Havanna begrüßte das Gesetz, das durchaus in Übereinstimmung mit der Lehre Leos XIII. sei. Auch der Erzbischof von Santiago erklärte sich damit einverstanden, doch meinte er, einige marxistische Gedankengänge darin erkennen zu können. Er habe aber das Vertrauen, daß Castro diese offenbar von Kommunisten inspirierten Sätze ändern werde. Diese kommunistischen Einflüsse scheinen von Major Ernesto Guevara ausgegangen zu sein, der als erster der neuen Männer schon Mitte 1959 in die Sowjetunion fuhr.

Die Bedenken der Katholiken wurden immer größer. Man hatte das unangenehme Gefühl, daß etwas nicht in Ordnung sei, aber andererseits war da wieder die Tatsache, daß Castro Seite an Seite mit dem Erzbischof von Santiago am großen Nationalkongreß der Katholiken teilnahm, der am 29. November 1959 gehalten wurde. Mehr als eine Million Menschen versammelte sich, und Castro scheint es übel vermerkt zu haben, daß man ihn nicht sprechen ließ. So äußerte er sich wenigstens in privatem Gespräch. Als Ergebnis dieses Kongresses wurde eine christlich-soziale Bewegung gebildet, die sich zur Aufgabe setzte, die soziale Lehre der Kirche im öffentlichen Leben Cubas zu verwirklichen. Aber schon im Mai des nächsten Jahres mußte ihr Führer nach den USA fliehen, und im Juni darauf löste sich die Bewegung auf, da es ihr nicht möglich sei, in Freiheit zu arbeiten. Allein die kommunistische Partei habe die Möglichkeit, ohne irgendeine Behinderung ihre Tätigkeit auszuüben. In den cubanischen Zeitungen war diese Mitteilung mit einem Kommentar verbunden, der die christlich-soziale Bewegung in eine Linie mit dem „Deutschland Adenauers“ stellte, das den Nazismus wieder zum Leben erwecke.

Damit war nun klar, was aus der Revolution Castros geworden war. Und der Hirtenbrief des Erzbischofs von Santiago vom 16. Mai 1960 nannte die Dinge beim richtigen Namen, wenn er sagte: „Wir können nicht sagen, daß der Kommunismus erst vor unseren Toren sei, er ist bereits innerhalb der Mauern.“ Zum Christkönigsfest 1960 schrieb Mgr. Boza Masvidal einen Artikel über die cubanische Revolution, worin er zeigte, was an ihr nicht in Ordnung sei. Es fehle ihr die rechte Auffassung vom Leben und vom Menschen, der Name Gottes sei aus der Verfassung gestrichen, die Religion werde als ein notwendiges Übel betrachtet. Man predige den Haß und den Klassenkampf und nicht die Liebe, man vergäße die Achtung vor der Würde des Menschen und der Kinder Gottes und man kümmere sich nicht um das Eigentumsrecht, das die notwendige Grundlage für die Freiheit des einzelnen sei. Am 13. November veröffentlichte der Erzbischof von Santiago einen neuen Hirtenbrief, worin er wieder vor der kommunistischen Infiltration warnte. Am 4. Dezember endlich schrieben die Bischöfe einen offenen Brief an Castro, worin sie gegen Schulbücher protestierten, die eindeutig marxistische Lehren verbreiteten, sowie gegen die Verunglimpfung der Bischöfe.

Seither ist der Kampf zwischen dem Regime und der Kirche offen entbrannt. Nachdem schon in den ersten Monaten dieses Jahres Vertreter des Regimes aufs heftigste den katholischen Klerus und die Bischöfe angegriffen haben, drohte Fidel

Castro selbst am 6. März mit der Vertreibung des nicht-einheimischen Klerus, der sich vor allem aus Spaniern rekrutierte. Das bedeutet, daß von 600 Priestern etwa 400 das Land verlassen mußten. Teilweise hat dieser Auszug schon begonnen. So sind in der Provinz Camaguey kaum mehr Priester zu finden, da neuerdings auch cubanische Priester des Landes verwiesen werden. Die letztgenannten Maßnahmen scheinen jedoch Übergriffe lokaler Behörden gewesen zu sein. Da von den Maßnahmen auch Ordensschwestern betroffen werden, sind es ungefähr 2000 Priester und Schwestern, die das Land verlassen müssen. Hauptanstoß für die Auseinandersetzung war die Schulfrage. Das Jahr 1961 wurde von der Regierung zum „Jahr der Erziehung“ erklärt. Schon am 15. April sollten die Schulen schließen und die Abiturienten sich zur Verfügung stellen, um den vielen Analphabeten (43%) das Lesen beizubringen. Dieser Feldzug gegen das Analphabetentum soll bis Mitte Dezember dauern. Gegen diese Maßnahme protestierten die Schüler der katholischen Schulen, da sie nur Vorwand sei, um die marxistische Lehre zu verbreiten. Ebenso wandten sie sich gegen den neu eingesetzten Kulturrat, der sich ausschließlich aus Marxisten zusammensetzte. Inzwischen hat die Regierung 339 katholische Schulen verstaatlicht, davon 173 in Havanna mit rund 36000 Schülern.

War die Revolution Castros von Anfang an kommunistisch? Die Kommunisten behaupten es. Aber daran kann man mit Recht zweifeln. Doch gelang es dem Kommunisten sehr schnell, die einflußreichen Stellungen mit ihren Leuten zu besetzen. Dazu kam, daß die USA Castro gegenüber eine ziemlich verständnislose Politik trieben. Am 17. April 1959 noch hatte Castro bei einer Zusammenkunft mit einer Gruppe einflußreicher Mitglieder der Außenpolitischen Komitees beider Häuser des Kongresses erklärt, daß der Kommunismus keine Chance habe, in Cuba Erfolge zu erringen, wenn die Bevölkerung gut ernährt und gekleidet werden könne. Auch habe er keine Absicht, das amerikanische Eigentum zu beschlagnahmen oder den amerikanischen Marinestützpunkt Guantanamo zu besetzen. Wenige Tage später erklärte er vor dem Nationalen Presseclub, es sei sein ernstes Bemühen, die Freundschaft mit den USA zu erhalten. Aber bald schon zeigten sich Spannungen, die dann im Oktober 1959 zu einem Protest der Regierung der USA wegen der Agrarreform führten, durch die viele Amerikaner besonders betroffen wurden. Der Sonderkorrespondent der *Londoner Times* vom 30. Oktober berichtet über das Verhältnis der USA zu Cuba: Viele Cubaner seien der Auffassung gewesen, daß die Batista-Diktatur früher und mit viel weniger Blutvergießen zusammengebrochen wäre, wenn sie nicht von den Vereinigten Staaten unterstützt worden wäre. Darauf folgende Angriffe im amerikanischen Kongreß und in der amerikanischen Presse, und zwar lange vor der für die USA ungünstigen Agrarreform in Cuba, hätten in Cuba den Eindruck erweckt, daß man es mit einem gezielten Versuch zu tun habe, das neue Regime zu diskreditieren. Viele verantwortliche Cubaner seien zwar mit manchen Maßnahmen Castros nicht einverstanden, blieben aber weithin loyal, da nicht nur die große Mehrheit der Cubaner, sondern auch der anderen Lateinamerikaner ihn als Befreier von den Mißständen und der Korruption des Batista-Regimes ansähen. In Cuba habe die Auffassung Wurzel geschlagen, daß gewisse ausländische Interessen, die unter dem Batista-Regime florierten, nunmehr den Sturz des Castro-Regimes erstrebten. Die amerikanischen Investitionen und der amerikanische Fremdenstrom nach Cuba seien seit dem Sturz Batistas versiegt. Verhandlungen über eine Entschädigung des amerikanischen Eigentums anläßlich der Agrarreform würden durch die Vorschläge im amerikanischen Kongreß empfindlich gestört, daß die Vereinigten Staaten die lebenswichtige Zuckereinfuhr aus Cuba vermindern sollten. Dadurch hätten die Cubaner das Gefühl, unter Drohungen verhandeln zu müssen. Die Cubaner seien auch empört, daß die Vereinigten Staaten Einwände gegen die Lieferung von 15 britischen Düsenjägern für die Verteidigung Cubas erhoben. Der Flugblattabwurf durch amerikanische

Flugzeuge über Havanna sei gerade in dem Zeitpunkt erfolgt, als sich amerikanische Fremdenverkehrsagenten auf Einladung der cubanischen Regierung in Havanna befanden, um den Fremdenverkehr wieder zu beleben. Der Veranstalter der Flugzeugraids, Major Diaz Lanz, der von Castro als Stabschef der cubanischen Luftwaffe entlassen worden war, sei in den USA prompt aufgenommen worden und habe vor einem amerikanischen Senatskomitee ausgesagt, daß das Castro-Regime in Wahrheit kommunistisch wäre.

Das Problem Cubas sei in erster Linie ein wirtschaftliches. Unter dem Batista-Regime seien die Ressourcen des Landes verwirtschaftet worden und habe eine chronische Arbeitslosigkeit geherrscht. Mehr als eine Viertelmillion Cubaner sei nicht nur landlos, sondern auch während des größten Teils des Jahres arbeitslos. Die Agrarreform sei dazu bestimmt, die Arbeitslosigkeit zu mildern. Das erfordere aber Mittel, die infolge der verringerten Zuckerausfuhr, Investitionen und Fremdenzahl fehlten. Soweit der Korrespondent.

Die Russen dagegen haben es äußerst geschickt verstanden, Castro in seiner Schwierigkeit zu Hilfe zu kommen, indem sie Mikojan vom 4.-13. Februar 1960 nach Cuba schickten. Während dieses Besuches wurde ein Abkommen über die Abnahme von Zucker seitens der Sowjetunion getroffen, die überdies noch einen Kredit von 100 Millionen Dollars gewährte, den Castro dringend für seine landwirtschaftlichen Reformen benötigte. Seither ist das Verhältnis zu Sowjetrußland und den Ostblockstaaten sowie zur Volksrepublik China immer enger geworden, bis nun die Entscheidung vom 26. Juli vor aller Welt offenbar gemacht hat, daß Cuba vorläufig wenigstens vom Kommunismus beherrscht wird.

Das Ziel des Kommunismus ist freilich weiter gesteckt. Cuba ist nur das Sprungbrett nach Lateinamerika. Die Gefahr für diesen Kontinent ist ungeheuer, da viele der Intellektuellen mit dem Kommunismus sympathisieren und die sozialen Unterschiede geradezu himmelschreiend sind.

Gerontologie in Rußland

Rußland dürfte wohl jenes Land sein, wo die meisten Menschen zu finden sind, die über 100 Jahre alt sind. Während z. B. in Großbritannien und Frankreich auf 100 000 Bewohner 0,6 bzw. 0,7 treffen, die über 100 Jahre alt sind, waren es in der Sowjetunion bei der Volkszählung von 1959 nicht weniger als 10 von 100 000. Insgesamt 21 708 konnten nachweislich ihr Alter mit über 100 Jahren angeben, weitere 6 307 dafür keine Belege beibringen. Am ältesten werden die Menschen offenbar im Kaukasus, im Bezirk Aserbeidschan vor allem, wo nicht weniger als 84 auf 100 000 über 100 Jahre waren, in manchen Teilen dieses Landes sogar bis zu 144, die so alt wurden.

Vermutlich war dies schon immer so. Denn schon frühzeitig haben sich russische Gelehrte mit dem Phänomen des Altwerdens befaßt. Als erster hat vor genau 200 Jahren Michail Lomonossow eine Abhandlung geschrieben, die sich zwar zunächst mit der Ausbreitung und Bewahrung des russischen Volkes befaßte, worin er aber auch über vorbeugende Maßnahmen gegen einen frühen Tod handelte. Auch während des 19. Jahrhunderts gab es zahlreiche Gelehrte, die sich mit dem Problem des Alterns befaßten. Wie auf allen Gebieten, so trieben auch hier die Sowjets die Studien dann gewaltig voran, vor allem durch A. A. Bogomolets in Kiew und A. V. Nagorny in Charkow.

Nach Bogomolets müßte der Mensch, verglichen mit den Tieren, 130–150 Jahre leben. 1937 ließ er 12 Bewohner von Abkhazia im Alter von 100–142 Jahren untersuchen und fand, daß keiner von ihnen an jenen Krankheiten litt, die man als typische Alterskrankheiten ansah: Arterienverkalkung, hoher Blutdruck, Schwund